

Gemeinsames Juristisches Prüfungsamt der Länder Berlin und Brandenburg

2070/7/24/57

Stand: 02.09.2024

Ländereigene Fortbildung 2024 in der Stiftung Begegnungsstätte Schloss Gollwitz

Kompetenter Umgang mit Antisemitismus in der justiziellen Arbeit **vom 09.12.2024 bis 10.12.2024**

Inhalt: Die Reaktionen in Deutschland auf das Massaker der Hamas an der israelischen Bevölkerung am 7.10.2023 waren von Indifferenz statt Solidarität mit den Betroffenen geprägt. Zugleich nahmen antisemitische Gewalt und Diskriminierung in Deutschland massiv zu, wie die Erfahrungen von Juden und Jüdinnen oder Lageberichte von zivilgesellschaftlichen Melde- und Beratungsstellen wie RIAS oder OFEK zeigen. Viele aber nicht alle dieser antisemitischen Äußerungen, Online-Postings, Schmierereien oder Versammlungen sind von rechtlicher Relevanz. Diese zu erkennen kann mitunter herausfordernd sein. Reagieren Polizei und Justiz nicht adäquat auf antisemitische Straftaten, kann das schwere Folgen für Betroffene von Antisemitismus haben. Das Anzeigeverhalten und Umfragen unter Betroffenen antisemitischer Gewalt und Diskriminierung weisen auf ein nur geringes Vertrauen in die Justiz- und Sicherheitsbehörden bei der Bekämpfung antisemitischer Straftaten hin. Um als verlässliche Ansprechpartner*innen bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung wahrgenommen zu werden, müssen Polizei und Justiz daher noch mehr tun.

Zielsetzung der Fortbildung

Es gibt viele Wege, Antisemitismus zu definieren. Weite Verbreitung und Anerkennung kommt der Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) zu. Die Arbeitsdefinition der IHRA ist in einigen europäischen Ländern eine wichtige Grundlage für Fort- und Weiterbildungen der Justiz- und Sicherheitsbehörden. Auch in Deutschland bildet sie die Grundlage für die Arbeit des Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus oder der Generalstaatsanwaltschaften in Berlin und Brandenburg.

Die zweitägige Fortbildung bietet die Möglichkeit, den Umgang mit Antisemitismus in der justiziellen Arbeit zu reflektieren und sich dabei vertrauensvoll mit Kolleg*innen aus der Justiz auszutauschen. Ausgehend von einer prozesshaften und selbstreflexiven Beschäftigung mit Antisemitismus stehen gegenwärtige Ausformungen des Antisemitismus im Vordergrund. Deren Kenntnis ist unabdingbar, um eine antisemitische Tatmotivation sicher erkennen und einordnen zu können. Neben strafrechtlichen Problemlagen werden Fragen im Kontext der Versammlungs-, Meinungs- und Kunstfreiheit thematisiert. Besondere Berücksichtigung finden dabei die Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Community-basierten Betroffenenberatung.

Leitend für die Auseinandersetzung mit Antisemitismus in der Fortbildung sind Wirkungen und Funktionen von Antisemitismus in der Gegenwartsgesellschaft. Anhand konkreter Fallbeispiele werden Handlungsstrategien im Umgang mit Antisemitismus diskutiert. Übergreifendes Ziel der Fortbildung ist es zu einer justiziellen Praxis beizutragen, die das Vertrauen der Gesellschaft und der jüdischen Community in der Arbeit der Strafverfolgungsbehörden bei der Bekämpfung antisemitischer Delikte stärkt.

Zeit: **9. Dezember 2024 - 10. Dezember 2024**
Montag und Dienstag (inklusive Übernachtung)

Beginn: 9. Dezember 2024, 10.30 Uhr
Ende: 10. Dezember 2024, 16.30 Uhr

Referent: Alexander **Vasmer**
Alexander Vasmer ist seit 2021 Bildungsreferent im Kompetenzzentrum für antisemitismuskritische Bildung und Forschung. Dort hat er neben zahlreichen anderen Seminaren eine Fortbildung zu Antisemitismus in der justiziellen Arbeit am OLG Jena konzipiert und umgesetzt. Er hat Politikwissenschaft und Philosophie in Bremen, Berlin, Paris und Montreal studiert.

Referentin: Tabea **Adler**
Tabea Adler ist Teamleiterin von OFEK Berlin und leitende Beraterin bei OFEK e.V. - Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung. Sie studierte Geschichte, Religionswissenschaften, Theologie und Jüdischen Studien und leitete mehrere politische und interkulturelle Bildungsprojekte, im Bereich Holocaust Education und der Prävention von Antisemitismus und anderer Hassideologien. Zudem war sie in der psychosozialen Beratung und der Trauer- und Sterbebegleitung im Kinderhospizdienst tätig

Zielgruppe: Richterinnen und Richter aller Gerichtsbarkeiten, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie sonstige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des höheren Justizdienstes.

Seminarort: Stiftung Begegnungsstätte Gollwitz, Schlossallee 101, 14776 Brandenburg, Tagungsort: Seminarhaus „Pfarrhaus“ in der Schlossallee 94 (Link zur Homepage Schloss)

Unterbringung und Verpflegung:

Teilnehmende sind in Einzelzimmern mit Vollverpflegung während des Seminars untergebracht. In der Begegnungsstätte ist die Verpflegung durchgehend vegetarisch (mit Fisch). Lebensmittelunverträglichkeiten und -allergien bitte vorab melden, so dass diese berücksichtigt werden können.

Anfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln:

Bitte nutzen Sie den Regionalexpress der Linie 1 aus Richtung Berlin oder Magdeburg bzw. aus Richtung Rathenow den RB51 bis Hauptbahnhof Brandenburg an der Havel. Vor dem Hauptbahnhof befindet sich der Busbahnhof. Von dort aus verkehrt die Buslinie W540 bis zur Haltestelle Gollwitz „Am Schloss“.

Anreise mit Pkw: Kostenfreie Parkplätze befinden sich hinter dem Haupthaus Schloss/ Zufahrt „Zum Gutshof“ sowie hinter dem Seminar- und Gästehaus „Pfarrhaus“/ Zufahrt Küsterstraße bzw. entlang der Küsterstraße.

Eine E-Ladesäule für Elektrofahrzeuge befindet sich auf dem Parkplatz Seminar- und Gästehaus „Pfarrhaus“/ Zufahrt Küsterstraße. Dafür ist eine passende Ladekarte eines Abrechnungsdienstleisters notwendig.



Begegnungsstätte
Schloss Gollwitz